

# Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 26. Januar 2010 · Nr. 21/4 D 3

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INCA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

1,90 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

## G-7-Staaten erwägen Umlage für Banken

bes. LONDON, 25. Januar. Vertreter der sieben wichtigsten Industrieländer (G 7) erwägen, Banken eine Umlage aufzuerlegen, die die Kosten staatlicher Rettungsprogramme auffangen soll. „Ich glaube, wir werden noch stärkeren Rückhalt für eine Art internationale Umlage für Banken bekommen“, sagte der britische Premierminister Gordon Brown am Montag nach Gesprächen der G 7 mit dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und dem Internationalen Forum für Finanzstabilität im britischen Schatzamt. Schatzkanzler Alistair Darling drang darauf, die Ansätze zur Bankenregulierung zu harmonisieren und international zu koordinieren. Einen Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Barack Obama, Eigenhandel und herkömmliches Kreditgeschäft in den Banken wieder zu trennen, hatte er am Wochenende abgelehnt. Vom Forum für Finanzstabilität hieß es, der amerikanische Vorschlag würde begrüßt, aber auch andere Optionen zur strengeren Bankenregulierung würden erwogen. Das Forum, in dem Vertreter der Notenbanken, Aufsichtsbehörden und Finanzministerien um eine bessere Bankenregulierung ringen, will einen Zwischenbericht seiner Regulierungsvorschläge nach dem Juni-Treffen der G 20 und seinen endgültigen Bericht im Oktober präsentieren. (Siehe Wirtschaft, Seite 11.)

## Heute

### Okinawas Last

Eigentlich wollten Japan und Amerika den in einer Stadt gelegenen Militärflughafen Futenma in den Norden der Insel verlegen. Aber der Widerstand dort ist groß. **Politik, Seite 3**

### Stahl gegen Stollen

Israel lässt kein Baumaterial nach Gaza. Doch durch die Tunnel in Rafah kommt alles, was fehlt – und verschafft den Tunnelbauern ein gutes Einkommen. Aber Ägypten verstärkt seine Grenze. **Politik, Seite 3**

### De Maizières Signal

Bei Amtsantritt trennte sich der Innenminister von einem Staatssekretär und machte dem selbstbewussten Ministerium klar, wer Herr im Hause ist. Allerlei Umbauten hat er inzwischen vorgenommen. **Politik, Seite 4**

### „Avatar“ hat es geschafft

Der Science-Fiction-Film hat bisher 1,8 Milliarden Dollar eingespielt – mehr als der bisher erfolgreichste Film, „Titanic“ aus dem Jahr 1997. James Cameron kann sich freuen: Er drehte beide. **Wirtschaft, Seite 15**

### Veh geht

Der deutsche Fußballmeister hat den Nachfolger von Felix Magath entlassen. Die Aufgabe beim VfL Wolfsburg erwies sich für den einstigen Stuttgarter Meistertrainer als zu schwer. **Sport, Seite 28**

### Entartende Gesänge

Von Nero bis Hitler: Philipp Stölzl demonstriert in der Deutschen Oper Berlin am Beispiel von Wagners „Rienzi“, wie leicht sich Musik für die Zwecke der Macht missbrauchen lässt. **Feuilleton, Seite 31**

### Sauber aufs Wasser

Auffällig viele „alternative Antriebe“ sind auf der diesjährigen „Boot“ in Düsseldorf zu sehen. Die gebeutelte Branche hofft auf reichlich Order, unter 1700 Booten sollte jeder sein finden. **Technik und Motor, Seite T 1**

## Im Ameisenhaufen der Geschichte



In den Staaten der sozialen Insekten – zum Beispiel Bienen oder Ameisen – ist die Unterdrückung der Arbeiterinnen seit Jahrmillionen ein Rätsel. Sie schuften sich fast zu Tode, dürfen sich nicht vermehren, und doch fügen sie sich klaglos in die Diktatur der Evolution. Ameisenforscher haben dafür nun eine

Erklärung im „Superorganismus“ der Krabbelkolonien gefunden, die auf Seite 29 vorgestellt wird. Stillen Protest üben die zwei Blattschneiderameisen in Costa Rica: Rechts deutet sich der Hammer, links die Sichel an, die auf Seite 2 tief im Ameisenhaufen der Geschichte vergraben werden. Foto Imago

## Millionen Krankenversicherte sollen Zusatzbeiträge zahlen

Rösler will Ausgaben begrenzen / Opposition: Erster Schritt zu Gesundheitsprämie

ami. BERLIN, 25. Januar. Millionen Krankenversicherte werden von Februar an Zusatzbeiträge an ihre Krankenkasse abführen müssen. Mehrere gesetzliche Kassen, darunter mit der DAK die drittgrößte deutsche Ersatzkasse, kündigten am Montag in Berlin an, sie wollten von ihren Mitgliedern einen Zusatzbeitrag von pauschal acht Euro im Monat erheben. „Das System geht den gesetzlich vorgeschriebenen Weg“, sagte der DAK-Vorstandsvorsitzende Rebscher, der zusammen mit Vorständen weiterer Orts- und Betriebskrankenkassen auftrat.

Seit der jüngsten Gesundheitsreform muss eine Krankenkasse neben dem meist vom Arbeitgeber einbehaltenen Beitrag einen Zusatzbeitrag von ihrem Mitglied dann verlangen, wenn die Zuweisungen

aus dem Gesundheitsfonds nicht ausreichen. Die Mittel für den Fonds steuert die Politik über den nun gesetzlich bei 14,9 Prozent festgelegten Beitragssatz sowie über Steuerzuschüsse. Kassenvertreter erwarten, dass in den nächsten Monaten viele weitere Versicherungen Zusatzbeiträge erheben werden. Bis zum Jahresende dürften diese flächendeckend erhoben werden oder angekündigt sein, schätzt die Vorsitzende des Kassen-Spitzenverbands, Doris Pfeiffer.

Ein Monatsbeitrag von acht Euro darf ohne Einkommensprüfung erhoben werden, ansonsten ist er auf ein Prozent des Einkommens, maximal 37,50 Euro im Monat, begrenzt. Fachleute warnen die von Zusatzbeiträgen betroffenen Kassenmitglieder davor, überstürzt den Anbieter

zu wechseln. Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) bekräftigte, die Regierung wolle die Ausgaben der Kassen begrenzen. Er wolle ein System, „das aus sich selbst heraus effizienter mit den Beitragsgeldern umgeht“.

CSU, SPD und Kassen forderten von dem FDP-Politiker stärkere Anstrengungen. Die Opposition kritisierte, Rösler nutze die Zusatzbeiträge als Plattform für den Aufbau einer Gesundheitsprämie. Der gesundheitspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Spahn (CDU), verlangte, im Zuge der geplanten Reform die Obergrenze von einem Prozent bei den Zusatzbeiträgen fallenzulassen. Für sozial Schwache solle es einen Steuerausgleich geben. (Siehe Wirtschaft, Seite 9.)

## „Chemie-Ali“ in Bagdad hingerichtet

Vetter Saddam Husseins gehängt / Viele Tote bei Anschlagserie auf Hotels in der Hauptstadt

wgl. FRANKFURT, 25. Januar. Der als „Chemie-Ali“ bekannte Vetter des früheren irakischen Diktators Saddam Hussein, Ali Hassan al Madschid, ist am Montag in Bagdad durch den Strang hingerichtet worden. Seit dem Sturz des Baath-Regimes 2003 durch Amerikaner und Briten war er mehrfach zum Tod verurteilt worden. Amerikanische Truppen hatten al Madschid im August 2003 festgesetzt; zuvor hatte es geheißt, er sei bei Kämpfen getötet worden, was sich jedoch bald als Falschmeldung herausgestellt hatte.

Chemie-Ali gehörte zu den am meisten verhassten Männern der Baath-Partei, die seit 1968 die absolute Macht im Irak innegehabt und sich unter Saddam Hussein, was die Führungspositionen anbelangt,

stark auf den Familienclan aus dem nordirakischen Takrit gestützt hatte. Ali Hassan al Madschid diente seinem Vetter als Minister, Kommandeur und Berater; in diesen Positionen stieg er bald zu einem der mächtigsten Männer des Regimes auf.

Nach seiner Festnahme stand er insgesamt viermal wegen Völkermordes und Kriegsverbrechen vor Gericht. Vor etwas mehr als einer Woche hatten ihn Richter zum Tode durch Erhängen verurteilt, weil er den Giftgasangriff auf kurdische Dörfer am 16. März 1988 angeordnet hatte. In der Endphase des acht Jahre währenden Krieges mit Iran hatte der Irak das kurdische Dorf Halabdscha im Zusammenhang mit einer Straf- und Vergeltungsaktion mit Sarin bombardieren lassen. In dem Ort ka-

men 5000 Menschen um. Etwa 3000 wurden in zwei Nachbardörfern getötet. Madschid hatte sich auch wegen der grausamen Niederschlagung des schiitischen Aufstandes 1991 vor Gericht zu verantworten. Damals, nach der Niederlage Saddam Husseins gegen eine Koalition, die das irakisch besetzte Kuwait befreit hatte, hatten Schiiten sich gegen das Regime erhoben. Der 69 Jahre alte Madschid galt bis zuletzt als ergebener Anhänger Saddam Husseins, der 2006 hingerichtet worden war.

In Bagdad explodierten unterdessen vor drei außerhalb der „Grünen Zone“ gelegenen internationalen Hotels nahezu gleichzeitig Autobomben. Nach Agenturberichten wurden dabei mindestens 25 Personen getötet.

## Siemens verklagt ehemalige Vorstände

kön. MÜNCHEN, 25. Januar. Der Technologiekonzern Siemens hat seine früheren Vorstände Neubürger und Ganswindt auf Schadensersatz verklagt. Die Klage ging am Montag bei der Zivilkammer des Landgerichts München ein. Wegen seiner Verantwortung in der Korruptionsaffäre fordert Siemens vom einstigen Finanzchef Neubürger 15 Millionen Euro. Ganswindt, zuletzt Vorstand der Telekomsparte, soll fünf Millionen Euro zahlen. (Siehe Wirtschaft, Seite 9.)

## Das Leben wird grauer

Von Stefan Dietrich

Angewidelt ändert sich erst einmal gar nichts. Lafontaines Rückzug ins Saarländische habe keinen Einfluss auf das Verhältnis der Linken zur SPD, verkündet deren scheidender Bundesgeschäftsführer Bartsch. Ebenso kühl gibt der SPD-Vorsitzende Gabriel zurück, für seine Partei sei es „völlig egal“, wer bei der Linken an der Spitze stehe. In Wahrheit sind beide Parteien bis in die Gliederungen hinein elektrisiert. Auf einmal bieten sich Perspektiven, die man erst für 2013 ins Auge gefasst hatte. Müntefering ist von Bord, Lafontaine wird bald nur noch am Rande stören – Leinen los für den Kurs auf die vereinigte Linke!

Tatsächlich kommt die Gelegenheit sogar etwas zu früh. Für die Wahl in Nordrhein-Westfalen möchte die SPD diese Option noch nicht ziehen. Der Zustand der Linken dort wäre alles andere als Werbung für die neue Bündnispolitik. Deshalb will Gabriel nicht einmal den Anschein erwecken, die nordrhein-westfälische Linke sei ein möglicher Partner. Aber im nächsten Jahr, wenn in vier Ländern und zwei Stadtstaaten die Parlamente neu ge-

wählt werden, wird Gabriel die Spitzenkandidaten seiner Partei nicht mehr zurückpfeifen. Da die SPD ohnehin dabei ist, die Hartz-Reformen und die Afghanistan-Strategie zu überarbeiten, könnten sich vielfältige Möglichkeiten der Annäherung und dann auch der Bündelung von Wählerstimmen ergeben.

Vorausgesetzt, die Linke bringt ihre Führungskrise rasch hinter sich. Noch ist Lafontaine ja nicht weg. Wird er künftig der heimliche Vorsitzende sein wie einst Fischer bei den Grünen? Das könnte zu weiteren Verwerfungen führen. Aber selbst wenn die Personalfragen noch in dieser Woche geklärt sein sollten, so steht die Programmdebatte noch bevor, der die PDS nicht umsonst jahrelang ausgewichen ist. Nicht einmal den Charismatikern Gysi und Lafontaine ist es gelungen, die disparaten Flügel der Partei auf ein gemeinsames Modell des „demokratischen Sozialismus“ einzuschwören. Und das sollen Figuren wie Klaus Ernst und Gesine Lötzsch schaffen? „Das Leben ist bunter“, haben die Wegbereiter des Linksbündnisses als Losung ausgegeben. Doch die Linkspartei selbst wird erst einmal etwas grauer und normaler werden, und das dürfte sich auch in ihren Wahlergebnissen niederschlagen. Es ändert sich einiges ohne Lafontaine.

## Sozialstaat in Schiefelage

Von Holger Steltzner

In kaum einem anderen Land der Welt ist der Sozialstaat so gut ausgebaut wie in Deutschland. Allein der Bund gibt in diesem Jahr 177 Milliarden Euro für Soziales aus. Sozialausgaben verschlingen mehr als die Hälfte des Haushalts. Zweitgrößter Posten sind die Zinsen (38 Milliarden Euro), die der Bund für Schulden bezahlen muss. Diese beiden Zahlen stecken das Spannungsfeld deutscher Innenpolitik ab, in der nichts so gefürchtet wird wie der Vorwurf der sozialen Kälte. Wegen des Vorrangs des Sozialen ist im Laufe der Jahre die Staatsverschuldung aus dem Ruder gelaufen, die Rettung der Banken in der Finanzkrise hat der Politik den Rest des finanziellen Spielraums genommen. Ratlos steht die Regierung nun vor der Aufgabe, die sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren, ohne die Schuldenbremse im Grundgesetz zu brechen.

Fünf Jahre nach der Fusion von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wird Hartz IV noch immer als sozialer Kahltschlag geschmäht, obwohl die Reform den Sozialstaat nicht abgebaut, sondern ausgebaut hat. Wer, wie der hessische Ministerpräsident Koch, die schiefen Anreize mancher Hartz-Regeln beim Namen nennt, wird als radikal asozial verunglimpft. Mit Recht hat Koch auf eine Perversion des Sozialstaatsgedankens hingewiesen, wenn nämlich Millionen, die hart arbeiten, sehen, dass sie ohne Anstrengung das gleiche „Einkommen“ erzielen könnten wie diejenigen, die vom Sozialsystem leben. Wenn sich Arbeit nicht mehr lohnt, fehlt ein wichtiger Anreiz, sich anzustrengen. Koch verschweigt nicht, dass die meisten Leute unverschuldet arbeitslos geworden sind und sich um eine neue Stelle bemühen. Aber er zeigt an konkreten Beispielen auch, wie das Sozialsystem ausgenutzt wird und wie groß der Anteil der Ausbeuter ist. Zehn bis fünfzehn Prozent der Leistungsempfänger ziehen in Hessen ihre Anträge zurück, wenn sie zur aktiven Mitwirkung beim Wiedereinstieg in das Arbeitsleben aufgefordert werden. Offenbar werden die gesetzlichen Regeln des Förderns und Forderns nicht überall entschlossen angewendet.

Auch deshalb haben die Hartz-Reformen ihr Ziel, die Rückkehr möglichst vieler Langzeitarbeitsloser auf einen Arbeitsplatz, nicht erreicht. Heute beziehen knapp fünf Millionen Erwerbsfähige und weitere 1,8 Millionen mit ihnen in Bedarfsgemeinschaften lebende Personen Hartz-IV-Leistungen. Das sind so viele wie vor fünf Jahren. Die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt – in fünf Jahren ist die Zahl der Arbeitslosen von 5,1 auf 3,3 Millionen gesunken – ist an dieser Gruppe nahezu spurlos vorübergegangen. Ein großer Teil der Empfänger dieser Leistungen verharrt in Hartz IV. Alle Bemühungen zur Wiedereingliederung in ein geregeltes Arbeitsleben fruchten nicht. Statt eines staatlichen Kombilohnmodells, das neben dem Bezug

von Hartz IV die Aufnahme einer geringfügigen Beschäftigung begünstigt (mit etwas zusätzlicher Schwarzarbeit verdient man schnell mehr als Handwerker, Busfahrer oder Krankenschwestern), sollte künftig stärker die Aufnahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung gefördert werden.

Wie schiefe Sozialanreize wirken können, zeigt das kräftige Wachstum der Lieblingsgruppe der Sozialpolitiker, der Alleinerziehenden; diese Gruppe wächst hierzulande viermal schneller als in anderen Industrieländern. Es ist politisch „unkorrekt“, zu fragen, ob der Staat mit finanziellen Anreizen die Trennung von Partnern und Familien unterstützen soll. Ein politisch ebenso „unkorrektes“ Tabuthema ist die Einwanderung in das deut-

Ein Großteil der Einwanderung nach Deutschland ging – am Arbeitsmarkt vorbei – direkt ins Sozialsystem.

sche Sozialsystem. Wer das anspricht, muss mit wütender Empörung der Wohlfahrtsanhänger rechnen. Hierzu einige staunenswerte Zahlen des Statistischen Bundesamts: Von 1970 bis 2003 stieg die Zahl der Ausländer in Deutschland von drei auf 7,3 Millionen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Ausländer blieb dagegen mit 1,8 Millionen konstant. Ein Großteil der Einwanderung nach Deutschland ging also am Arbeitsmarkt vorbei in das Sozialsystem.

Solche unbequemen Wahrheiten über schiefe Anreize halten Sozialpolitiker nicht davon ab, mit der Erhöhung des Schonvermögens oder von Zuverdienstgrenzen einen weiteren Ausbau des Systems zu fordern. Hier bringen sich alle Parteien vor der für die Bundespolitik wichtigen Wahl in Nordrhein-Westfalen in Stellung. Sie dürfen auf höchsttrichterliche Unterstützung hoffen, wenn im Februar das Bundesverfassungsgericht nach einer Klageflut vor den Sozialgerichten über die Hartz-Sätze für Kinder und die Höhe der Regelsätze entscheiden wird.

Sozialpolitiker werden weiterhin mit dem Ausbau des Sozialsystems nach Mehrheiten unter den Transferempfängern suchen. Finanzpolitiker wissen jedoch, dass langsam, aber sicher die Staatsschuld Deutschland erdrücken wird. Es muss also gespart werden – ohne Einschnitte in Leistungsgesetze geht das nicht. Wenn eine Volkspartei Politik auf dem Rücken von Leistungsträgern macht, braucht sie sich wie die SPD über ihren Absturz nicht zu wundern. Politik für die Mitte der Gesellschaft kann es ohne Rücksicht auf die Lage des geschöpften Normalverdieners, des Finanziers des deutschen Sozialstaats, nicht geben.



Briefe an die Herausgeber ..... 17  
Technik und Motor ..... T1  
Impressum ..... 4  
Deutschland und die Welt ..... 7

Zeitgeschehen ..... 8  
Wirtschaft ..... 9  
Unternehmen ..... 12  
Menschen und Wirtschaft ..... 16

Netzwirtschaft ..... 18  
Wetter ..... 18  
Finanzmarkt ..... 19  
Kurse ..... 22

Sport ..... 27  
Feuilleton ..... 29  
Medien ..... 33  
Fernsehen und Hörfunk ..... 34